



Gestern hat der Grosse Rat...

- den Auftrag Felix betreffend Stempelsteuerpflicht im Tessin auf Astra-Werkverträgen für Arbeiten in Graubünden mit 88:1 Stimmen an die Regierung überwiesen;
- den Auftrag Cahannes Renggli betreffend finanzielle Förderung von Gemeindefusionen mit 80:0 Stimmen an die Regierung überwiesen;
- davon Kenntnis genommen, dass der Fraktionsauftrag der SP betreffend Schaffung eines Integrationsgesetzes zurückgezogen wurde;
- den Auftrag Pfäffli betreffend begriffliche Harmonisierung und leserfreundlichere Gestaltung der kommunalen Baugesetze im Kanton Graubünden mit 45:16 Stimmen an die Regierung überwiesen;
- den Auftrag Nick betreffend Strategie der Regierung zum Umgang mit peripheren Räumen mit 74:0 Stimmen an die Regierung überwiesen;
- den Auftrag Stoffel (Hinterrhein) betreffend Förderung der KMU in den potenziellen Sondernutzungsräumen mit 97:0 Stimmen überwiesen;
- von den Antworten der Regierung auf diverse parlamentarische Anfragen Kenntnis genommen;
- die Aprilsession abgeschlossen.

Wenn Zahlen Antwort auf eine rhetorische Frage geben

Dass der Grosse Rat am Dienstagabend das Kantonsspital in Chur besucht hat, kommt nicht von ungefähr. Jedes Jahr muss er nämlich im Rahmen der Budgetdebatte Gelder für die Bündner Spitäler freigeben. Und das nicht zu knapp.

Von Pieder Caminada

Chur. – «Sind 278 Millionen Franken gerechtfertigt?» – Die Frage, die Arnold Bachmann, CEO des Kantonsspitals Graubünden, am Dienstagabend an die Damen und Herren Grossräte richtete, war – aus seiner Sicht – eine rhetorische. Das konnten die Parlamentarierinnen und Parlamentarier im Hörsaal des Kantonsspitals zu diesem Zeitpunkt allerdings erst erahnen. Doch Bachmann hatte zuvor den Boden für seine Frage schon geschickt vorbereitet. Etwa, indem er sagte, dass das älteste Spitalgebäude noch aus dem Jahre 1941 stamme. Oder dass die aus Platzmangel geschaffenen Provisorien in Containern längst zu unbefriedigenden «Providurien» geworden seien. Oder dass die Kinderklinik mit einer Bettenbelegung von 122 Prozent aus allen Nähten platze und dass in einem engen Zweierzimmer deshalb sehr oft sogar drei Kinder betreut werden müssten.

«Enormer Sanierungsbedarf»

Kein Wunder, sprach Bachmann von «wirklich grossen Bau- und Platzproblemen» und von einem «enormen Sanierungsbedarf». Inzwischen liegt die Lösung für diese Probleme auf dem Tisch – wenn auch noch nicht ganz fertig ausgearbeitet. Und das Ganze hat einen (etwas sperrigen) Namen: «Sanierung, Um- und Erweiterungsbauprojekt 2012–2019».

All die Bauteile aufzuzählen, die unter diesem Titel geplant sind, würde den Rahmen dieses Artikels sprengen. Deshalb seien hier nur einige Hauptpunkte erwähnt. Am meisten ins Auge springen wird wohl die neue Haupterschliessung des Kantonsspitals. Anstatt über die enge Areal-



Grosses im Sinn: Kantonsspital-CEO Arnold Bachmann erklärt den Mitgliedern des Grossen Rats die geplante Sanierung und Erweiterung des Kantonsspitals. Bild Nadja Simmen

strasse soll das Spital neu von der Loestrasse aus erschlossen werden. Eine weitere markante Veränderung ist die Verlegung des heutigen Kreuzspitals auf das Areal des Kantonsspitals, was zusätzliche Neubauten nach sich zieht, wie Spitalarchitekt Ernst Casty ausführte, der selbst Mitglied des Grossen Rats ist.

Baubeginn im Jahr 2012?

Bis es aber so weit ist, dauert es schon noch ein Weilchen, auch wenn die Verantwortlichen mächtig Gas geben. Noch in diesem Jahr soll laut Casty das Vorprojekt abgeschlossen sowie das Quartierplan- und das Baubewilligungsverfahren eingeleitet werden. Nächstes Jahr müsste das definitive Bauprojekt stehen, das dann zwischen 2012 und 2019 realisiert werden soll.

So zumindest sieht es der Plan vor – sofern bis dann auch alle Bewil-

ligungen vorliegen und die Finanzierung klappt. Insgesamt sollen nämlich 305 Millionen Franken investiert werden; 278 Millionen für das Akutspital und 27 Millionen für die Neben- und Fremdbetriebe wie beispielsweise das Parkhaus.

Es geht ohne Sonderfinanzierung

Bezahlen werden dies der Kanton, die Trägergemeinden und die Krankenversicherer über jährliche Investitionsbeiträge. Den Kantonsbeitrag von gegenwärtig 24,6 Millionen Franken für alle Bündner Spitäler bewilligt der Grosse Rat jeweils im Rahmen der Budgetdebatte. Mit dem daraus für das Kantonsspital anfallenden Anteil wird auch die Sanierung und Erweiterung des Kantonsspitals mitfinanziert. Es braucht also von Kantonsseite keine Sonderfinanzierung, um die insgesamt 305 Millionen Franken bereitzustellen.

Dass dies viel Geld ist, stellte Bachmann nicht in Abrede. Aber der Kantonsspital-CEO kann mit Zahlen umgehen, und deshalb stellte er für die Mitglieder des Grossen Rats verschiedene Rechnungen an. Zum Beispiel, dass das Kantonsspital zehnmal grösser sei als ein durchschnittliches Bündner Regionalspital, im Vergleich zu diesen jedoch selbst mit dem jetzigen Projekt nur «unterproportionale Investitionen» plane. Oder dass das Kantonsspital Luzern zurzeit 822 Millionen Franken investiere.

Keine Antwort ist auch eine Antwort

Höchste Zeit also, um die Frage von Bachmann gestellten Frage zurückzukehren: «Sind 278 Millionen Franken gerechtfertigt?» – Eine Antwort gaben die Damen und Herren Grossräte am Dienstagabend auf diese Frage (noch) nicht. Aber es war ja auch nur eine rhetorische Frage.

Mehr Tempo für die Churer Hochbrücke

Chur. – Die Bündner Regierung soll für die Finanzierung der Hochbrücke St. Luzi in Chur die Verantwortung übernehmen und das Projekt weiter vorantreiben. Das fordert der Churer BDP-Grossrat Ernst Casty in einem gestern eingereichten Auftrag.

Als Grund für seinen parlamentarischen Vorstoss nennt Casty die Tatsache, dass der Bund in seinem Agglomerationsprogramm die Hochbrücke von der Prioritätsstufe A in die Stufe C zurückversetzt hat. Damit werde die neue Querverbindung ins Schanfigg frühestens in der Umsetzungsphase 2015 bis 2018 geprüft. Für die Stadt Chur, die Agglomeration und den Tourismusort Arosa sei das Projekt aber «dringlich», um den Verkehr aus dem Stadtzentrum verbannen zu können. Deshalb, so Casty, solle die Regierung jetzt aktiv werden. (pica)

Landquart: Kreisel wird ausgebaut

Die Verkehrssituation im Bereich des Autobahnanschlusses Landquart soll mit einem Rechtsabbieger beim Kreisel an der Prättigauerstrasse verbessert werden. Das sagte Regierungsrat Stefan Engler gestern im Grossen Rat.

Chur. – Der Kreisel an der Nationalstrasse A28 (Prättigauerstrasse) beim Autobahnanschluss Landquart ist oft überlastet. Seit der Eröffnung des Alpenrhein Outlet Villages hat sich die Situation noch verschärft. Zusätzlich zum bisherigen Verkehr müssen auch die Besucher des Outlets, die auf die Autobahn in Richtung Chur und Zürich oder auf die A28 Richtung Prättigau fahren wollen, besagten Kreisel passieren.

Bei der Behandlung der Anfrage von Reto Nick (FDP, Fünf Dörfer) zur Problematik am Verkehrsknotenpunkt Landquart konnte Regierungsrat Stefan Engler gestern im Grossen Rat mit Neuigkeiten aufwarten: «Uns liegen seitens des Bundesamtes für Strassen (Astra) Informationen vor, wonach zur raschen Beruhigung der Verkehrssituation noch in diesem Jahr provisorische bauliche Massnahmen realisiert werden sollen», sagte Engler. Zur Erhöhung der Leistungsfähig-



Besserung in Sicht: Dieser Kreisel beim Autobahnanschluss Landquart soll durch einen Rechtsabbieger erweitert werden. Bild Marco Hartmann

keit des Kreisels an der A28 sei vor dem Kreisel die provisorische Erstellung eines Rechtsabbiegers Richtung Prättigau vorgesehen.

Überführung für Radfahrer

Eine rasche Verbesserung soll es laut Engler aber auch für den Langsamverkehr geben: Dieser soll künftig vom Autoverkehr getrennt und mittels einer neuen Passarelle über den

Verkehrsknotenpunkt geführt werden. Die Realisierung des definitiven Projekts, wie es vom Kanton zuhanden des Astra erarbeitet worden sei, setze die Abwicklung der strassenbaulichen Verfahren voraus und benötige weit mehr Zeit, sagte Engler.

Den an Spitzentagen auftretenden Staus auf der A13 vor der Ausfahrt von Autoverkehr getrennt und mittels einer neuen Passarelle über den

SP zieht Integrationsauftrag zurück

Die SP-Fraktion hat ihren Auftrag zur Schaffung eines kantonalen Integrationsgesetzes zurückgezogen – wie schon im Jahr 2007.

Chur. – Die SP-Fraktion stelle mit Genugtuung fest, dass ihre inhaltlichen Anliegen zur Schaffung eines kantonalen Integrationsgesetzes mit der Inkraftsetzung der Verordnung zum Einführungssetz zur Ausländer- und Asylgesetzgebung weitgehend erfüllt seien. Zudem habe die Regierung in der Zwischenzeit eine breit abgestützte Integrationskommission eingesetzt. Aus diesen Gründen habe sich die Fraktion entschieden, den im letzten Dezember eingereichten Auftrag zur Schaffung eines Integrationsgesetzes zurückzuziehen. Mit diesen Worten überraschte SP-Fraktionschef Andreas Thöny (Fünf Dörfer) gestern den Grossen Rat.

Nach der Abstimmung über die Minarett-Initiative im November habe sich die Fraktion «zu überhastet» entschieden, den Auftrag einzureichen, räumte Thöny ein. Die SP-Fraktion hatte bereits im Sommer 2007 einen gleichlautenden Auftrag eingereicht. Damals zog die SP den Vorstoss nach der Beratung im Rat und noch vor der Abstimmung zurück. (psi)

Glasfasernetz: Kanton soll «Gas geben»

Graubünden dürfe den Anschluss ans Glasfasernetz nicht verschlafen, hiess es gestern im Grossen Rat. Sie sei am Ball, konkretete die Regierung.

Chur. – Der Anschluss ans Glasfasernetz sei für die Standortattraktivität der Bündner Gemeinden von zentraler Bedeutung, sagte Grossrat Mario Cavigelli (CVP, Rhäzüns) gestern bei der Behandlung seiner Anfrage zum Thema. Er und andere Redner forderten die Regierung auf, bei der Erreichung mit einem Glasfasernetz Gas zu geben. Er habe das Gefühl, die Regierung habe die Bedeutung dieser Technologie für Graubünden noch nicht erkannt, sagte Cavigelli.

Regierungsrat Hansjörg Trachsel trat diesen Aussagen entschieden entgegen. Er habe mit den Chefs der drei Telekommunikationsunternehmen Swisscom, Sunrise und Cablecom intensive Gespräche geführt. Alle Fachleute seien sich einig, dass Eile und Hektik nicht angezeigt seien. Insbesondere gelte es, Doppelsparken zu vermeiden. Denn das Investitionsvolumen sei mit geschätzten zehn Milliarden Franken für die ganze Schweiz sehr hoch. Zudem sei die Festlegung der Standards Sache des Bundes und nicht des Kantons. (psi)